

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags
betreffend
die Ablehnung der deutschen „Ausländer“-PKW-Maut**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, angesichts des Plans Deutschlands, auf deutschen Straßen eine PKW-Maut einzuführen, die letztendlich nur AusländerInnen, aber keine deutschen StaatsbürgerInnen trifft, die Bundesregierung aufzufordern,

1. durch weitere bilaterale Gespräche den Druck auf die deutsche Bundesregierung zu erhöhen, damit diese im Sinne guter nachbarschaftlicher Beziehungen auf diese Diskriminierung ausländischer, insbesondere aber österreichischer AutofahrerInnen verzichtet,
2. gegenüber der Europäischen Kommission die klare, ablehnende Haltung der österreichischen Bevölkerung, der heimischen Wirtschaft und der politisch Verantwortlichen gegenüber einer europarechtswidrigen PKW-Maut Deutschlands darzulegen sowie
3. alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und gegebenenfalls auszuschöpfen, sollte die deutsche Bundesregierung dennoch ihre PKW-Maut wie geplant einführen.

Begründung

Nach dem Plan des deutschen Bundesverkehrsministers soll ab 1.1.2016 für alle Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 3,5 t für die Benützung der Autobahnen, aber auch anderer öffentlicher Straßen in Deutschland, eine „Infrastrukturabgabe“ entrichtet werden. Ausländische AutofahrerInnen müssten für eine Zehn-Tages-Vignette zehn Euro, für eine Zwei-Monats-Vignette 20 Euro und für eine Jahres-Vignette – nach Hubraum, Alter und Umweltfreundlichkeit gestaffelt – bis zu 112,35 Euro bezahlen. Deutsche AutofahrerInnen hingegen sollen die Vignette automatisch per Post zugeschickt bekommen und gleichzeitig (durch eine Entlastung bei der Kraftfahrzeugsteuer) in Summe nicht mehr zahlen als bisher. Nach Abzug der Systemkosten in Höhe von 260 Mio. Euro erwartet der deutsche Bundesverkehrsminister dadurch jährliche Einnahmen von rund 600 Mio. Euro seitens jener AutofahrerInnen, die ihr Kfz nicht in Deutschland angemeldet haben.

Oberösterreich wäre als unmittelbarer Nachbar besonders von der deutschen PKW-Maut für AusländerInnen betroffen. Aus den Grenzbezirken Braunau, Ried, Schärding und Rohrbach pendeln täglich tausende Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher zu ihren Arbeitsplätzen ins benachbarte Bayern. Anders als in Österreich, wo die Vignettenpflicht für alle BenutzerInnen

gleichermaßen, dafür aber nur auf Autobahnen und Schnellstraßen gilt, umfasst die deutsche Abgabe auch das niederrangige Straßennetz. Grenzüberschreitendes Pendeln würde damit ebenso verteuert wie Freizeit- und Einkaufsfahrten ins benachbarte Deutschland. Darunter würden nicht nur die Menschen, sondern auch die Tourismus-, Handels- und Wirtschaftsbetriebe in den Grenzregionen leiden. Mit großem Engagement und umfangreichen EU-Fördermitteln wird seit Jahren versucht, durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit die infrastrukturelle Benachteiligung aufgrund früherer Randlagen auszugleichen. Mit der geplanten „Ausländer“-PKW-Maut konterkariert Deutschland diese gemeinsamen Anstrengungen und schadet damit der gesamten Wirtschaft und dem Image der Grenzregionen.

Auch die Europäische Kommission zeigt sich gegenüber den Plänen der deutschen Bundesregierung skeptisch. Ex-Verkehrskommissar Kallas warnte davor, die PKW-Maut mit der Kraftfahrzeugsteuer zu verrechnen, da so ausländische AutofahrerInnen, die diese Möglichkeit nicht haben, schlechter gestellt würden. Laut dem Europarechtsexperten Univ.-Prof. Dr. Obwexer sei dies eine indirekte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit. Die Maut bzw. ihre Kompensation verstoße sowohl gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz als auch gegen die „Standstill“-Verpflichtung, die jede Verschlechterung im Verhältnis zwischen inländischen und ausländischen Verkehrsunternehmen untersagt.

Die unterzeichneten Abgeordneten sprechen sich daher entschieden gegen die anti-europäische Kleinstaaterei der deutschen Bundesregierung aus. Europa benötigt nicht weniger, sondern ein Mehr an Integration und Zusammenarbeit – insbesondere im Bereich des Verkehrs und der Finanzierung öffentlicher Haushalte.

Linz, am 23. September 2014

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Rippl, Eidenberger, Makor, Krenn, Bauer, Müllner, Pilsner, Schaller, Röper-Kelmayr, Peutlberger-Naderer, Promberger, Weichsler-Hauer, Affenzeller, Baumgartner

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Dörfel, Sigl, Weinberger, Ecker, Langer-Weninger, Frauscher, Astleitner, Schulz, Pühringer, Peinsteiner, Stanek, Csar, Lackner-Strauss, Höckner, Kirchmayr, Schillhuber, Alber, Hüttmayr, Manhal, Aichinger, Priglinger, Gattringer, Brunner, Jachs, Tausch, Hingsamer, Weixelbaumer

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr